

EUROPAISCHES HOCHSCHULINSTITUT, FLORENZ  
ABTEILUNG GESCHICHTE UND KULTURGESCHICHTE

"Challenge and Response in Western  
Europe: the Origins of the European  
Community (1945 - 1950)"

Project directed by Professor Alan Milward

Project Paper No. 7

E U I W O R K I N G P A P E R No. 82

INVESTITIONSPOLITIK IN DER BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND 1949 - 1951

von

HEINER R. ADAMSEN

Januar 1984

320

EUI  
G20650



BADIA FIESOLANA, SAN DOMENICO (FI)

Abdruck auch auszugsweise nur mit vorheriger  
Genehmigung des Autors.

Paper presented at the conference held on  
17 and 18 November 1983 entitled

"National and International Economic Recon-  
struction in Western Europe, 1945-1950"

(C) Heiner R. Adamsen 1984  
Printed in Italy in January 1984  
European University Institute  
Badia Fiesolana  
I - 50016 San Domenico (FI)  
Italy

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE UND WÄHRUNGSGESCHICHTE  
ABTEILUNG GESCHICHTE UND SPÄTGESCHICHTE

Heiner R. Adamsen

Investitionspolitik in der Bundesrepublik Deutschland  
1949 - 1951

Investitionsentwicklung

Trotz des großen Umfanges der aufgestauten Nachfrage belebte sich nach der Währungsreform nicht nur der private Verbrauch, sondern auch die Investitionstätigkeit. Mit einem Anteil der gesamtwirtschaftlichen Investitionen von 20 v.H. und mehr des Bruttosozialproduktes wurden die Werte der Zwischenkriegszeit deutlich übertroffen.

Das Gesamtvolumen der volkswirtschaftlichen Investitionen einschließlich Vorratsbildung lag real im Durchschnitt der Jahre 1949/1951 um 21 v.H., im Durchschnitt der Jahre 1952/1954 um 63 v.H. über dem Wert von 1936. Die industrielle Investitionsquote war im Durchschnitt der Jahre 1948/1954 doppelt so hoch wie 1936. Interessant und zugleich wirtschafts- und sozialpolitisch konfliktträchtig war die Struktur dieser Kapitalbildung. Auffällig hieran waren der niedrigere Anteil der privaten Ersparnis und der höhere Staatsanteil an der Bruttoersparnis. Diese Zahlen belegen, daß sich der Kapitalbildungsprozeß unter umfangreicher Beteiligung des Staates vollzog. Die Grundlage dafür boten u.a. beträchtliche Haushaltsüberschüsse, die das Ergebnis einer relativ hohen Steuer- und Abgabenlast waren. Die Währungsreform hatte auch die Kriegsschulden aufgelöst, so daß deren Ablösung für die Bundesrepublik nicht zu dem großen politischen Problem wurde, das es nach dem 1. Weltkrieg war.

Ein eindeutiger Beweis für die dominierende Rolle des Staates in der Wiederaufbauperiode kann hieraus allein jedoch nicht abgeleitet werden. Wesentliches Charakteristikum des Kapitalbildungsprozesses war zwar, daß der Staat in die unternehmerischen Dispositionen eingriff.

Die Verfügungsgewalt und das Eigentumsrecht überließ er aber der privaten Wirtschaft.

Größten Anteil an der Kapitalbildung nach der Währungsreform hatte die sogenannten Unternehmensersparnis. Ihre Hauptquelle war die Selbstfinanzierung. Sie machte 1949/1953 gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1926/1929 den vierfachen, gegenüber 1933/1938 den zweieinhalbfachen Strukturanteil am jährlichen Finanzierungsaufkommen aus. Die Struktur der Kapitalbildung nach der Währungsreform wies gegenüber der Zwischenkriegszeit ein gänzlich anderes Bild auf : Die frühere Rangfolge Kapitalmarkt, Staat und Selbstfinanzierung hatte sich genau umgekehrt. Sie spiegelte damit den beschrittenen Weg einer massiven staatlichen Subventionierung der Unternehmenskapitalbildung wieder.

Auch die Struktur der Investitionsfinanzierung war dadurch geprägt. Der Kapitalmarkt spielte mit einem Anteil zwischen 7 und 15 v.H. an der gesamten Investitionsfinanzierung in der Zeit 1948 - 1950 eine höchst unbedeutende Rolle. Dominierend waren kurzfristige Kredite des Bankensystems und Selbstfinanzierung mit einem Anteil zwischen 77 und 53 v.H. Der Anteil der ERP-Mittel - im Jahr 1950, in dem sich die Mittelvergabe massierte, 9,3 v.H. der gesamten bzw. 22,1 v.H. der langfristigen Finanzierungsmittel - erscheint in diesem Zusammenhang gering, doch wirkten sie in ihrer einseitigen Verwendung für den Ausbau der Grundindustrien über ihren quantitativen Anteil hinaus. Erst 1954 bot der Kapitalmarkt der längerfristigen Finanzierung durch Haushaltsmittel ein Gegengewicht.

Über die Verwendung des gebildeten Kapitals, die durchgeführten Investitionen, gibt die Struktur der Brutto-Anlageinvestitionen, differenziert nach Wirtschaftsbereichen, Auskunft.

Aus dem Strukturbild lassen sich zwei Phasen erkennen, die auch die industrielle Produktionsentwicklung markierten. Bis 1951 erfuhren die konsumnahen Wirtschaftsbereiche durch die wirtschaftlichen Rahmendaten eine deutliche Förderung.

Erst ab 1952 - mit der Klärung der Eigentumsfrage - wurde der Ausbau der gesamtwirtschaftlich wichtigen Basisbereiche über die Zuteilung von ERP-Mitteln hinaus gefördert.

### Erhards Vorstellungen über die Investitionspolitik nach der Währungs- und Wirtschaftsreform

Wie ein roter Faden zog sich durch nahezu alle Äußerungen Erhards Anfang 1948 die Ansicht, mit der Währungsreform müsse der Verbraucher endgültig zu seinem Recht kommen, müsse der Konsum Vorrang vor der Investition haben : "Ich persönlich würde keinen Zweifel darüber lassen, daß man das bisherige Maß an Opferfähigkeit dem Volke einfach nicht mehr zumuten kann. Ich würde lieber ganz bewußt eine gewisse Rückständigkeit, einen längeren Nachholzeitraum innerhalb der Produktionsgüterspäre hinnehmen, wenn wir durch eine Steigerung und Anreicherung des Konsums eine Besserung der sozialen Lage erreichen könnten." Bei dieser Strategie kam als Quelle für die Kapitalbildung nach der Währungsreform seiner Meinung nach fast nur die mit dem Marshall-Plan zu erwartende Auslandshilfe in Frage : "Wir haben in Deutschland nach der Währungsreform kein Kapital, das uns irgendwie gestatten würde zu investieren...Wir hoffen, daß wir für diese Zwecke Mittel aus dem Ausland bekommen (Marshall-Plan)". Etwas später : "Ich glaube, daß tatsächlich alles Geldkapital.. nicht auf eine Reihe von Jahren aus der deutschen Volkswirtschaft fließt, sondern daß alles mehr oder weniger vom Ausland kommt. Für unser Problem ist das ein gewisser Vorzug, denn dann können wir erreichen, daß tatsächlich alles Einkommen...auch voll in Verbrauchsgütern abgedeckt wird. Dann hätten wir diese zwei Sphären der Wirtschaft, die Kapitalgüter- und die Konsumgütersphäre scharf getrennt." Erhard beabsichtigte, gleichzeitig mit der Währungsreform eine deutliche Umorientierung in der Verwendung des Sozialproduktes auf den Konsumbereich durchzusetzen. Dafür war er bereit, Verzögerungen im wirtschaftlichen Wiederaufbau hinzunehmen. "Wenn Sie mir sagen: Dann dauert der deutsche Wiederaufbau 5 oder 10 Jahre länger, dann antworte ich : In Gottes Namen soll er 5 bis 10 Jahre länger dauern...".

Zu Beginn der Ära Erhard lassen sich drei Grundpfeiler seiner Politik erkennen. Wesentlich war die Umorientierung von den Grundindustrien zu den Konsumwaren, ebenso aber auch die Umorientierung vom Bewirtschaftungssystem zur tendenziellen Einführung von Marktwirtschaft. Als drittes Element setzte er auf den Marshall-Plan. Er sollte einerseits die Rohstoffzufuhren garantieren, um mehr Konsumgüter produzieren zu können, andererseits eine wesentliche Quelle der Kapitalbildung abgeben. Zum gesamten Problem der Kapitalbildung hatte Erhard ansonsten keine klar umrissenen Vorstellungen. Da er prinzipiell keine hohe Investitionsquote durchsetzen wollte, schien ihm dies auch nicht notwendig. Er selbst wollte zugunsten des Konsums notfalls den Prozeß des Wiederaufbaus verzögern. Entweder glaubte er, nach der Währungs- und Wirtschaftsreform würde der normale kredittechnische Apparat schon wieder funktionieren, oder aber er wählte die Marshall-Plan-Hilfe ausreichend, um daraus den Großteil der Kapitalbildung speisen zu können. Eine dezidierte Kapitalbildungsstrategie ist nicht zu erkennen.

#### Nicht umgesetzte Planungs- und Programmansätze

Im September 1948 wurde von der Planungsabteilung der Wirtschaftsverwaltung eine umfangreiche Unterlage für die Investitionspolitik als Grundlage für eine mögliche Kreditkontrolle und -lenkung herausgegeben. Zweck der Ausarbeitung war es, sektorale und regionale Strukturaspekte der vorhandenen Kapazitäten der "sonstigen Industrie", also der non-basic industries, aufzuzeigen. An mehreren Stellen wurde versichert, daß damit keine langfristige Investitionsplanung beabsichtigt sei. Dennoch schimmerte sowohl durch den Gesamtinhalt, wie durch verstreute Bemerkungen, diese Intention durch. Die Ausarbeitung selbst beschrieb für die 27 "sonstigen" Industriezweige - die Grundindustrien Bergbau, Energie sowie Eisen und Stahl fehlten - deren wirtschaftliche Situation, um anhand dieser Informationen die vorgenommene Einstufung in eine Dringlichkeitskala des Kapazitätsausbaues zu erläutern.

Während für die Grundindustrien bereits gewissen Grobplanungen im Rahmen der ERP-Mittel-Verteilung bestanden, versuchte die Planungsabteilung auf diesem Wege ihren Einfluß auf die Investitionstätigkeit derjenigen Bereiche auszudehnen, für die - außer der Grundstoffzuteilung - keine Steuerungsmittel zur Verfügung standen.

Sie konnte ihren Anspruch auf Ausweitung ihrer Planungskompetenz auf die gesamten industriellen Investitionen aber nur informatorisch vorbereiten. Da sie nicht selbst für die Kreditvergaben verantwortlich war, konnte sie ihn weder durchsetzen noch vollziehen. Neben der Unterrichtung der Vfw selbst, einiger anderer Verwaltungen und der Wirtschaftsministerien der Länder, die so die gesamtwirtschaftlichen Investitionsbedürfnisse kennenlernen sollten, diente die Planungsgrundlage vor allem als Kreditentscheidungshilfe für die Banken. Mehr als ein abgestimmtes Verhalten aller bei Kreditvergaben beteiligter Stellen konnte allerdings nicht erreicht werden, zumal Erhard diese Planungsgrundlage auf höchster Ebene nicht in seine Wirtschaftspolitik einbezog. Weiteres Beispiel waren die Bemühungen der Planungsabteilung im Wirtschaftsministerium, nach der Konstituierung der ersten Bundesregierung im Herbst 1949, Erhard für ein umfassendes langfristiges Aufbauprogramm zu gewinnen, das als "Erhard-Programm" bezeichnet werden sollte. Im Zeichen zunehmender Arbeitslosigkeit und "relativer Stagnation" der Industrieproduktion legte die Bundesregierung am 20. September 1949 ihre Regierungserklärung vor. Für den Bereich der Wirtschaftspolitik enthielt sie weder systematische Ausführungen noch konkrete Programmpunkte, ausgenommen eine angekündigte Herabsetzung der Einkommensteuersätze. Ansonsten verlief sie sich im allgemein Unverbindlichen einer Anknüpfung an die "Frankfurter Wirtschaftspolitik", was stärker durch die Übernahme Erhards als Wirtschaftsminister denn durch den Satz deutlich wurde : "Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik werden wir die in Frankfurt so erfolgreich eingeschlagene Richtung weiterverfolgen." Obgleich die Bundestagswahl vom 14. August 1949 keine eindeutigen Mehrheitsverhältnisse gebracht hatte, interpretierten die Regierungskoalition aus CDU/CSU, FDP und DP sowie die Bundesregierung das Wahlergebnis zugleich als eine Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft. Zwar wurde in der Regierungserklärung die Förderung der Kapitalbildung als vordringlichstes Ziel bezeichnet, doch fehlten auch hier konkrete Ankündigungen. Auf die herrschende Arbeitslosigkeit wurde überhaupt nicht eingegangen. Ein umfassendes Wirtschaftsprogramm wurde nicht vorgelegt, das 1. Kabinett Adenauer wollte das Bisherige fortführen. Weder für das Problem der Kapitalbildung noch für das Problem der Arbeitslosigkeit wurden Maßnahmen angekündigt.

Vielmehr begünstigte sich Adenauer zunächst mit der Bildung eines internen informellen Ausschusses, in den er neben Finanzminister Schäffer, Wirtschaftsminister Erhard und ERP-Minister Blücher auch den Präsidenten des Direktoriums der Bank deutscher Länder (BdL), Vocke, Zentralbankpräsident Bernard und den KfW-Bankier Abs sowie seinen Vertrauten Pferdemenges berief. Dennoch bestanden im Bundeswirtschaftsministerium (BWM) Überlegungen zu einem umfassenden und langfristig angelegten Wirtschaftsprogramm. Die auch personelle Kontinuität der Grundsatzabteilung IA des BWM knüpfte dabei an schon früher ausformulierte, strukturpolitische Erwägungen an. In ihrem Arbeitsentwurf, der allerdings nur als Grundlage einer Diskussion innerhalb der Abteilung IA dienen sollte, wurde vorgeschlagen, das langfristige Wirtschaftsprogramm "Erhard-Programm" zu nennen. Ein solches auf 10 Jahre angelegtes wirtschaftspolitisches Grundkonzept ist in dieser Form nicht politisch "abgesegnet", ja nicht einmal publiziert. An die Darstellung der wesentlichen Annahmen für eine langfristige Programmierung schloß eine detaillierte Beschreibung des notwendigen Vorgehens und Berechnens an, um den güterwirtschaftlichen Individual- und Staatsbedarf zu ermitteln, eine Grobhandelsbilanz aufzustellen, den Investitionsbedarf und die Industriestruktur abzuschätzen. Für die einzelnen Jahre sollten dann volkswirtschaftliche Bilanzen die Entwicklung veranschaulichen, um daraus die "im Rahmen der Marktwirtschaft erforderlichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen" abzuleiten. Auch wenn dies keine Wirtschaftsplanung im eigentlichen Sinne war, hätte dieses Programm doch die Möglichkeit geschaffen, eine systematischere Wiederaufbaupolitik auch in dem Bereich der Wirtschaft zu betreiben, der nicht von dem ERP-Mittelverteilungen abhing. Die von Erhard für weite Teile der konsumgüterorientierten Wirtschaft verfolgte Wirtschaftspolitik des Nicht-Tuns, des optimistischen Laufenlassens im Vertrauen auf einen marktwirtschaftlichen Automatismus bedeutete jedoch geradezu die Negation dezidierter politischer Einflußnahme, so daß die Angst vor nahezu jedem "Programm" für die von der Marktwirtschaft profitierenden Bereiche auch die Umsetzung dieses Entwurfs in konkrete Aktion verhinderte. Das von der Grundsatzabteilung gewünschte "bißchen Mehr" an Planung und Lenkung für den Wiederaufbau stieß deshalb auf Erhardseindeutige Ablehnung.



### Investitionspolitische Maßnahmen

Kapitalbildung und -lenkung im Wiederaufbau vollzog sich zwar in einem "Marktwirtschaft" genannten System, entsprachen aber schon auf den ersten Blick nicht dem Modell marktwirtschaftlicher Lenkung. In der Wiederaufbauphase gab es keinen freien Kapitalzins, der unter Rentabilitäts Gesichtspunkten die Höhe der Kapitalbildung bestimmte sowie die Rangordnung ihrer Verwendung festlegte, und der Kapitalmarkt wurde erst um 1953/1954 in einem breiteren Rahmen funktionsfähig.

In idealer Weise gab der zentrale Kreditfonds der Gegenwert-Mittel die Möglichkeit, trotz föderalistischen Staatsaufbaues und frei agierender Banken direkte Kapitallenkung vorzunehmen. Die Bundesregierung war hier bei allerdings in verschiedenen Interessen eingebunden : in die regionalen der Länder, in die bankenmäßigen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und die auf Kontrolle und Einflußzunahme zielenden Marshallplan-Behörde. In diesem Interessenfeld blieb der Bundesregierung hauptsächlich die Kompetenz für die sektorale Aufteilung der Mittel vorbehalten. Durch ERP-Kredite wurden von ihr vorrangig jene Wirtschaftszweige unterstützt, die sich nach der Währungsreform weder aus der Verflüssigung unfähiger Warenhorte finanzieren konnten noch von Abschreibungsvergünstigungen und freien Absatzpreisen profitierten. Marshallplanmittel erlangten daher im Bereich der Grundindustrien ihre relativ größte Bedeutung. Die Bundesregierung stützte damit jene Bereiche, die nicht von der konsumforcierenden Wiederaufbaupolitik erfaßt wurden, und konnte zugleich, ergänzend zu den noch bestehenden Preisbindungen, ihren Einfluß auf die unter alliierterem Vorbehalt stehenden, zum Teil mitbestimmten Grundindustrien geltend machen.

Die Bedeutung der ERP-Finanzierung durch die Zuteilung von Gegenwert-Mitteln lag für die Investitionstätigkeit vor allem in den Jahren 1949 bis 1952; wenn auch der Anteil an den Gesamtinvestitionen unter 10 v.H. lag, gingen die Wirkungen der ERP-Kredite doch darüber hinaus. Vielfach machten sie nur einen Teil der Investitionsfinanzierungs-Mittel aus (Multiplikareffekt). Ihre wichtigste Wirkung lag im Struktureffekt.

Die in den einzelnen ECA-Programmen enthaltenen, wechselnden Schwerpunkte: Kohlenbergbau (Anteil der ERP-Mittel 1949 47 v.H.), Eisen- und Stahlindustrie (Anteil der ERP-Mittel 1950 18 v.H.) und Energiewirtschaft, wobei letztere eine gleichmäßige und herausragende Berücksichtigung erfuhr (ERP-Mittel Anteil 1950 24 v.H.), erleichterten den Kapazitätsausbau der "kritischen Sektoren". ECA und Wirtschaftsverwaltung förderten gezielt die Basisbereiche und füllten die für diese bestehende Finanzierungslücke. Die langfristig vergebenen ERP-Kredite entlasteten zudem gleichzeitig den, allerdings bis 1953/54 noch schwach entwickelten Kapitalmarkt, der sich somit auf die Wohnungsbaufinanzierung konzentrieren konnte. Ohne ERP-Kredite hätte die Investitionspolitik nach der Währungsreform anders aussehen müssen. So aber gaben sie einen wesentlichen Teil der durch das Wirtschaftsministerium direkt steuerbaren Investitionsmittel ab. Bis Ende 1952 wurde ein Volumen von DM 4,3 Mrd im Rahmen verschiedener Investitionsprogramme verteilt. Zusammen mit den IHG-Mitteln in Höhe von etwa DM 4,2 Mrd bildeten sie das Rückgrat der direkten staatlichen Investitionslenkung. Vergleicht man gesamtwirtschaftliche Investitionsstruktur und die Verteilung der ERP-Mittel miteinander, so ist die mit der ERP-Krediten verfolgte Unterstützung der Grundindustrien, wie sie die Zweizonen-Wirtschaftsverwaltung schon 1947 gefordert und angeordnet hatte, unübersehbar. Die größte Bedeutung hatten die ERP-Kredite für die Energieversorgungsbetriebe, das Nachrichten- und Verkehrswesen, die Agrarwirtschaft, den Bergbau und die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Wenn somit aus dem Marshall-Plan auch nicht die gesamte Kapitalbildung finanziert werden konnte, wie es Erhard vorschwebte, so kompensierten ERP- und IHG-Mittel doch zum Teil die wirtschaftspolitische Umorientierung zugunsten der Ge- und Verbrauchsgüterindustrien und des Handels. Die durch die ERP-Mittel vorgenommene Unterstützung der Grundindustrien ermöglichte den bescheidenen Ausbau der gesamtwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, so daß im Endeffekt der Wiederaufbau durch die wirtschaftspolitische Schwerpunktverlagerung nach der Währungsreform so lange nicht verzögert wurde, bis die 1950/51 auftretenden Engpaßerscheinungen, die durch den Korea-Boom verursacht wurden, das Problem in aller Schärfe zutage treten ließen.



Die Methoden der Kapitalbildung und der Kapitallenkung fielen eng zusammen. Das galt vor allem für die fiskalpolitischen Mittel. Die Unternehmen, deren Produktpreise nach der Währungsreform freigegeben wurden, verfügten dadurch über ein hohes Selbstfinanzierungspotential. Das "Grundgesetz der Wirtschaft auf dem Gebiet des betrieblichen Rechnungswesens", das DM-Bilanzeröffnungsgesetz (DMBG) vom 21.8.1949, nach dem alle Unternehmen ihr Vermögen neu bewerten mußten, ermöglichte über hohe Wertansätze der schon vorhandenen Anlagen zugleich höhere Abschreibungen; im Endeffekt konnten in einmaliger Weise Vermögensgegenstände bis zu zweimal abgeschrieben und damit über den Absatzpreis refinanziert werden. Besonderes Interesse wurde in der Literatur bisher den fiskalpolitischen Mitteln, d.h. vor allem den zahlreichen Steuervergünstigungen während des Wiederaufbaus entgegengebracht. Sie galten vor allem für die Jahre 1949 und 1950 und führten in der wachsenden Wirtschaft für die Unternehmen nicht nur zu Steuerkrediten, sondern auch zu höheren Steuerersparnissen und für den Fiskus nicht nur zu Steuerstundungen, sondern auch zu echten Steuerausfällen. Der Staat subventionierte somit die Unternehmenskapitalbildung durch Verzicht auf Steuereinnahmen.

In dem von den Alliierten zusammen mit den Währungsgesetzen erlassenen Steuerneuordnungsgesetz blieben zwar die hohen Einkommensteuertarife des Kontrollratsgesetzes von 1946 weitgehend bestehen, jedoch wurden die Körperschaftsteuer, die Vermögensteuer und die Erbschaftsteuer gesenkt. Wichtiger war aber die Einführung des § 7 a des Einkommensteuergesetzes, der erstmals eine degressive Abschreibung für die Ersatzbeschaffung ausgeschiedener Wirtschaftsgüter erlaubte. Mit dem 1949 folgenden, diesmal vom Wirtschaftsrat erlassenen zweiten Steuerneuordnungsgesetz wurde die Palette der Steueranreize wesentlich vergrößert. Da die Einkommensteuertarife nicht verändert werden dürfen, beschritt der Wirtschaftsrat den Weg der heimlichen Steuersenkung, indem die Absetzungsmöglichkeiten vom Einkommen oder Gewinn erweitert wurden. Degressive Abschreibungen galten nun für Kapitalgüter, für Fabrikgebäude und den Hausbau; Darlehn für Gebäude und Schiffsbau wurden abzugsfähig und einbehaltene Gewinn der Unternehmen steuerbefreit. 1950 blieben diese Vorschriften weitgehend unverändert, doch erfolgte nun die langerwartete Tarifsenkung der Einkommensteuer.

Erst 1951 fand eine grundsätzliche Abkehr von der Selbstfinanzierungsunterstützung statt. Die Ende 1951 eingeführte Sonderregelung für die Engpaßbereiche (§ 36 IHG) widersprach dem zwar, diente aber dem politisch wichtigen Zweck, die deutsche Schwerindustrie zu Beginn der Montanunion zu stärken und wettbewerbsfähig zu machen.

Ohne näher auf die Fülle der steuergesetzlichen Vorschriften und ihre Änderungen einzugehen, sollte doch der Frage der durch diese Vorgänge bewirkten Kapitalbildung und Kapitallenkung nachgegangen werden. Daß die Kapitalbildung durch die Steuervergünstigungen tatsächlich gefördert wurde, wird zumeist verneint. So sollten sie nach Vorstellung der Gesetzgeber auch nicht wirken. Sie galten als Ersatz für die von den Alliierten nicht genehmigte Tarifsenkungen, deren fiskalistische Höhe die Privatinitiative ihrer Meinung nach gebremst hätte. Die vielfältigen Abschreibungs- und Absatzungsmöglichkeiten waren für eine Wirtschaftspolitik die Wirtschaftslenkung en detail ablehnte und nicht die Verwendung der Finanzierungsmittel bei "tausenden und zehntausenden von Unternehmen" kontrollieren wollte, der Weg, den Unternehmen die Mittel in eigener Verfügung zu lassen und ihre Verwendungsrichtung durch die sonst sicheren Steuerstrafen zu empfehlen. Um in den Genuß der Vergünstigung zu gelangen, mußten die Unternehmen sie im eigenen Bereich investieren. Aus Kapitalfehlleitungen, die durch dieses Verhalten möglich wurden, hat vor allem die SPD hingewiesen; grundsätzlich dürften sie in einer Zeit rascher Aufwärtsentwicklung, wo nahezu jede Investition "sinnvoll" war, nicht so erheblich gewesen sein. Festzuhalten bleibt allerdings, daß es bis auf den Bereich der ERP- und IHG-Mittel sowie der öffentlichen Sonderprogramme keine umfassendere Investitionslenkung gab. Ob es Alternativen zu dieser Kapitalbildungspolitik gegeben hätte, ist schwer zu sagen. Offizielle Zwangssparaktionen hätten gewiß Erinnerungen an das "eiserne Sparen" geweckt. Andererseits hätten eine noch stärkere Beteiligung des Staates an der Kapitallenkung und/oder höhere Besteuerung wegen ihrer Assoziationen an Planwirtschaft möglicherweise die Investitionsneigung der Unternehmer negativ beeinflußt.

Die Methode der geräuschlosen Wiederaufbaufinanzierung kam hauptsächlich den mit freier Preisbildung versehenen Wirtschaftszweigen zugute, so daß die vor der Währungsreform begünstigten Grundindustrien nunmehr benachteiligt wurden.

Die disproportionale Produktionsentwicklung, wie sie während des Korea-Booms in den Engpässen zum Ausdruck kam, muß als negative Folge dieser Politik gelten. Erst später wurde das Ergebnis des eingeschlagenen Weges voll sichtbar : Die Vermögensverteilung, die sich bereits durch die Währungsreform zugunsten der Sachwertbesitzer verschoben hatte, wurde durch staatlich geförderte Unternehmenskapitalbildung nach der Währungsreform noch weiter verzerrt.

Die Kapitalmarkt-Empfehlungsliste (KEL) war ein typisches Produkt der Nicht-Marktwirtschaft. Große und wichtige Investitionsprojekte wurden listenmäßig erfaßt und nach volkswirtschaftlicher Dringlichkeit geordnet, um wenigstens einen Teil der knappen Kapitalmarktmittel in die Problemzonen der westdeutschen Wirtschaft zu lenken. Aber auch hier mußte sich das Wirtschaftsministerium mit administrativer Koordination begnügen, da die Banken die Kreditabwicklung und -entscheidung letztlich selbst übernahmen; am Ausbau der "Investitionsunterlagen" zu einem Instrument staatlicher "planification indicative" des Kredits - etwa nach französischem Vorbild - war Erhard nicht interessiert. Am Beispiel der KEL offenbarten sich aber auch die Grenzen der Erhardschen Marktwirtschaft im Kapitalbereich. Da er die Marktergebnisse - allgemein wurde bei freiem Kapitalmarkt ein hoher Zins erwartet, der den Wiederaufbau verzögert hätte - nicht akzeptieren wollte, griff er zum Mittel der Steuerbegünstigung, durch die er gerade den Kapitalmarkt selbst auf Dauer trocknenlegte. Kapitalmarkt-Empfehlungsliste und Gegenwert-Mittel boten deswegen um so mehr Einflußmöglichkeiten. Im Bereich der Kapitalbildung und -verwendung konnte so von marktwirtschaftlicher Lenkung kaum gesprochen werden. Die Selbstfinanzierung der Unternehmen ging fast vollkommen am Kapitalmarkt vorbei. Der Rest der Kapitalströme wurde von der Ministerialbürokratie koordiniert. Die staatliche Einflußnahme blieb so zwiespältig - auf das Ausmaß der Kapitalbildung nahm er indirekt erheblichen Einfluß, die Kapitalverwendung überließ der größtenteils der Wirtschaft und versuchte, über staatliche Koordination auftretende Engpässe zu überwinden. Wie im Falle der Güterpreise gab es auch hier eine "Marktwirtschaft im Prinzip", aber kein umfassendes marktwirtschaftliches Lenkungssystem. Größere Einflußmöglichkeiten boten sich bei der Lösung des Engpaßproblems 1951.

Das Wirtschaftsministerium beschränkte sich aber auf die Festlegung von Quoten und überließ die Einzelverteilung der Mittel dem Kuratorium und damit den Interessen der gewerblichen Wirtschaft.

Mehr durch den Druck von seiten der SPD und alliierter Stellen entstand im Februar 1950 ein nach außen hin breites und konkretes Finanzierungsprogramm. Das "erweiterte Investitionsprogramm" enthielt neben einem eigentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm auch das laufende Wohnungsbauprogramm und bezog außer diesen inländischen Kapitalbildungsmaßnahmen auch die Verteilung der Gegenwert-Mittel ein. Es bestand aus den Teilen: Ergänzungsprogramm bzw. Arbeitsbeschaffungsprogramm (Volumen DM 950 Mio), Wohnungsbauprogramm (Volumen DM 2.500 Mio) und Einsatz der ERP-Gegenwertmittel (Volumen : da. DM 2.000 Mio).

Von diesem Gesamtprogramm erwartete die Bundesregierung die Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit. Sie sei sich der Verantwortung einer solchen aktiven Kreditpolitik zusammen mit dem Zentralbankrat bewußt. Die "wiedergewonnene gesunde Grundlage unserer Währung" dürfe dabei keinesfalls gefährdet werden. Sie setze außerdem auf die Unterstützung ihrer Bemühungen durch das deutsche Volk "...indem es einen ständig wachsenden Teil der Einkommen und Gewinnspart und dem Kapitalmarkt zuführt", durch die deutsche Wirtschaft, indem sie ihre Exportbemühungen steigere, und durch die Alliierte Hohe Kommission, indem sie den kreditpolitischen Maßnahmen und der Umgruppierung der Importe zustimme. Gegebenenfalls werde sie erneut prüfen, ob weitere Maßnahmen notwendig seien, um "...die Wirtschaftsentwicklung planmäßig in die Richtung einer zunehmenden Beschäftigung zu steuern".

Dieses erweiterte Investitionsprogramm hatte alles in allem ein Volumen von etwa DM 5,4 Mrd. Doch bestand es "aus einer Reihe ziemlich heterogener Einzelprogramme, die betragsmäßig nicht ohne weiteres addiert werden können und die auch nur zum Teil den Einsatz zusätzlicher Mittel vorsahen", wie die kritische Einschätzung der Zentralbank lautete. Die Gegenwert-Mittel bildeten einen Fremdkörper in einem binnenwirtschaftlichen Kapitalbildungsprogramm. Sie waren zwar für die Investitionstätigkeit wichtig, bedeuteten aber keine Anstrengung der Regierung zur Lösung des Arbeitslosenproblems.

Beim Wohnungsbauprogramm wurden auch die Mittel hineingerechnet, die ohnehin von den Kapitalsammelstellen zur Verfügung gestellt worden wären. Auch beim Exportfinanzierungsprogramm war von vornherein ersichtlich, daß es nur langsam anlaufen würde. Rechnete man diese Teile heraus, verblieben von den DM 5,4 Mrd nunmehr DM 0,6 Mrd, sozusagen als harter Kern, von dem nach Ansicht der Bank deutscher Länder allerdings feststand, daß die tatsächliche Inanspruchnahme "kaum jemals" diese Höhe erreichen würde.

Für private Investoren war das Engagement im schwerindustriellen Bereich in der Zeit nach der Währungsreform wenig attraktiv. Noch immer war die Eigentumsfrage in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlenbergbau ungeklärt. Zudem bestanden bis in die frühen fünfziger Jahre alliierte Beschränkungen und Vorbehalte für diese Industrien. Immerhin floß der größte Teil der ERP-Mittel in diesen Bereich. Doch auch sie reichten zur Finanzierung angemessener Investitionen bei weitem nicht aus. Die amerikanische Seite war auch nicht bereit, die an Deutschland vergebenen Marshall-Plan-Mittel beliebig auszuweiten und zu verlängern, so daß nach Ausbruch der Korea-Krise der Bundesrepublik nur noch geringe Beträge zuflossen.

Wegen dieser ökonomischen und politischen Gründe waren die westdeutschen Grundstoffindustrien und damit vor allem die Region an Rhein und Ruhr in der Kapitalbildung und Kapitalverwendung nach der Währungsreform benachteiligt gewesen; trotz eines insgesamt hohen Investitionsvolumens hatte sich die Investitionsstruktur zu Lasten der Basisbereiche verschoben. Dem abzuhelpen und eine gezieltere Investitionsstrukturpolitik zu betreiben, lehnte Erhard wiederholt ab. Die Zurücksetzung des Reviers war eine logische Konsequenz seiner den Konsum fördernden Wiederaufbaustrategie. Auf dem Höhepunkt des Korea-Booms Anfang 1951 führte die Entwicklung schließlich zu einer wirtschaftspolitischen Krise der ersten Regierung Adenauer mit drohenden Folgen für ihre auf innenpolitische Stabilität und außenpolitische Anerkennung zielende Politik. Für den Aufbau der auftretenden Engpässe bestanden prinzipiell drei Alternativen: Heranziehen von Mitteln aus der Konsumsphäre, Umschichtung der Investitionen oder Freigabe der noch gebundenen Grundstoffpreise.

Innenpolitische Gründe sprachen gegen eine Einschränkung des Konsums und die Preisfreigabe. Daher standen am Ende der breiten wirtschaftspolitischen Diskussion um adäquate Maßnahmen die Investitionen im Vordergrund. Zusammen mit den Gewerkschaften und der SPD-Fraktion schienen Adenauer und Finanzminister Schäffer dabeigeneigt, den staatlichen Einfluß auf die Privatwirtschaft zu verstärken oder jedenfalls damit zu drohen, während sich Erhard dem widersetzte und hierfür Unterstützung bei den Unternehmerverbänden fand. Die Spitzenverbände der Wirtschaft schlugen selbst eine Investitionslenkung innerhalb der gewerblichen Wirtschaft vor, aber in eigener Regie und ohne Einschaltung des Staates, um eine staatliche Intervention abzuwehren und ihren seit der Währungsreform bestehenden Freiheitsspielraum nicht zu verlieren. Charakteristikum des daraus entstehenden "Investitionshilfegesetzes" (IHG) war der "freiwillige" Verzicht der marktnahen Wirtschaft auf die eigenbetriebliche Verwendung ihrer Investitionsmittel zugunsten der notwendigen Engpaßinvestitionen in den Grundindustrien. Im Sinne des IHG bedeutete aber Verzicht nicht Hingabe von Kapital und Vermögen ohne Gegenleistung, sondern eine temporäre Umschichtung von Investitionen zwischen den Unternehmen. Auf diese Weise sollte das gesamtwirtschaftliche Investitionsvolumen unverändert bleiben, doch setzte die Umdirigierung, die strukturelle Umschichtung auf die Engpaßbereiche, neue Wachstumsimpulse frei.

Früherere Ansätze einer so gearteten Strukturpolitik - über die ERP-Mittel-Verteilung hinaus - waren demgegenüber erfolglos bzw. ganz ausgeblieben. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm vom Führjahr 1950 wirkte wegen seiner langsamen Durchführung und seines geringen Volumens eher krisenverschärfend. Das im Sommer 1950 vorbereitete Wirtschaftsförderungsprogramm, später zu einem strukturpolitischen Ergänzungsprogramm umgebaut, kam wegen des Korea-Booms und wegen seiner Finanzierungsart nicht mehr zum Einsatz. Allein die Verteilung der Marshall-Plan-Mittel trug in dieser Zeit den strukturpolitischen Absichten der Wirtschaftsverwaltung Rechnung.

Das so auf Vorschlag der Unternehmerverbände entstandene Gesetz über die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft wurde vom Bundestag am 13.12.1951 verabschiedet und am 7.1.1952 verkündet.



Es enthielt drei verschiedenartige Maßnahmen :

- Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft untereinander in Höhe von DM 1 Mrd.,
- Sonderabschreibungsmöglichkeiten für die Engpaßbereiche,
- Absichtserklärung, auch bei den Grundstoffgütern eine freie Preisbildung einzuführen.

Der Großteil des Gesetzes betraf die Regelung der eigentlichen Investitionshilfe, bei der die gewerbliche Wirtschaft DM 1 Mrd. in Form eines "einmaligen Beitrages" für den "vordringlichen Investitionsbedarf" des Kohlebergbaus, der Eisenschaffenden Industrie, der Energiewirtschaft und der Wasserwirtschaft sowie für den Güterwagenbau der Bundesbahn zu zahlen hatte. Diese "Aufbringungspflicht" erstreckte sich auf alle gewerblichen Unternehmen (d.h., daß die Landwirtschaft und die freien Berufe im IHG nicht erfaßt wurden) und auf die Rundfunkunternehmen. Der Katalog der von der Aufbringungspflicht befreiten Unternehmen und Wirtschaftszweige umfaßte die Bundesunternehmen, öffentliche Körperschaften, Genossenschaften sowie Fischerei, Schifffahrt und öffentlichen Verkehr. Die Aufbringungsschuldner, also die aufbringungspflichtigen Unternehmen, mußten ihren Investitionshilfebeitrag an die Industriekreditbank zahlen und erwarben mit dieser Zahlung zugleich die Berechtigung auf die Zuteilung von Wertpapieren. Für die Unternehmen bedeutete dies einen effektiven Liquiditätsabfluß, für den sie zwangsweise zum Kauf von Kapitalmarktpapieren verpflichtet wurden. Damit war die Investitionshilfe kein "Geschenk" und auch keine Vermögensabgabe, sondern schränkte die unternehmerische Dispositionsfreiheit über sonst zumeist im eigenen Unternehmen angelegtes Kapital ein.

Das Aufkommen aus der Investitionshilfe bildete ein Sondervermögen mit eigener Rechtspersönlichkeit bei der Industriekreditbank (IKB). Hierüber entbrannte ein heftiger Streit, in dem die eine Seite das Vermögen bei der halbstaatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau angesiedelt sehen wollte, während die Seite der Wirtschaftsverbände die Mittel bei "ihrer" Bank konzentrieren wollte, um staatliche Einflußnahme möglichst klein zu halten.

Entscheidungsgremium für die Verwendung der Investitionshilfe-Mittel war ein Kuratorium mit 8 stimmberechtigten und 11 beratenden Mitgliedern. Der Präsident des Kuratoriums wurde auf Vorschlag des Gemeinschaftsausschusses von der Bundesregierung bestellt, 13 Mitglieder aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften vom Wirtschaftsministerium; ebenso waren das Finanz-, Wirtschafts- und Verkehrsministerium und der Bundesrat im Kuratorium vertreten. Stimmberechtigt waren aber nur der Präsident, 5 Vertreter der Wirtschaft und 3 Vertreter der Gewerkschaften, die alle den begünstigten Wirtschaftszweigen nicht nahestehen durften. Die eigentlichen Entscheidungen wurden demnach durch die Wirtschaft selbst getroffen, die hierbei jedoch an die vom Wirtschaftsministerium festgelegten Investitionsquoten, d.h. die globale Verteilung der Mittel auf die Wirtschaftszweige, gebunden war und folglich die Bewilligung einzelnen Investitionsanträge beschloß.

Unter sektoralem Aspekt - vergleicht man die sektorale Zugehörigkeit der aufbringungspflichtigen, begünstigten und befreiten Unternehmen - war das IHG überwiegend eine Umschichtung betrieblicher Investitionsmittel im sekundären, also gewerblichen Sektor. Der primäre Sektor war teils befreit (Land- und Forstwirtschaft), teils aufbringungspflichtig (sonstige Urproduktion), teil begünstigt (Kohlenbergbau); der tertiäre Sektor war ebenso teils befreit, teils begünstigt (allerdings nur geringfügig: Bundesbahn), teils aufbringungspflichtig (Dienstleistungsunternehmen, Handel). Vor allem der Handel finanzierte den sekundären Sektor zu Lasten des tertiären.

Die wiederaufbaupolitischen Gesichtspunkte ergeben sich aus der eigentlichen Investitionshilfe, den Sonderabschreibungsmöglichkeiten und den angekündigten Preisfreigaben. Die Investitionshilfe führte nicht zu einer Neubildung von Kapital, sondern zu dessen Umlenkung. Insofern gehörte sie nur indirekt zur Kapitalbildungsstrategie, sie war wesentlich Kapitalstrukturpolitik und ermöglichte durch die Umlenkung der Investitionsmittel von der gewerblichen Wirtschaft auf die Engpaßbereiche den von der Wirtschaftspolitik seit der Währungsreform vernachlässigten Kapazitätsausbau der Grundstoffindustrien.

Konkret schlug sich diese Umlenkung in den vom Wirtschaftsministerium festgelegten Investitionsquoten nieder, die den durch die Investitionshilfe aufkommenden Gesamtbetrag auf die begünstigten Wirtschaftszweige aufteilte. In dieser branchenmäßigen Zuteilung erschöpfte sich die direkte Investitionslenkung seitens des Wirtschaftsministeriums; die weitergehende Aufteilung der Branchenvolumen auf die einzelnen Unternehmen geschah durch das Kuratorium. Dagegen künpften die Sonderabschreibungsbestimmungen an die seit der Währungsreform praktizierte und "bewährte" Kapitalbildungsstrategie an, die die Selbstfinanzierung der Unternehmen über die darin liegenden Steuerstundung, in einer wachsenden Wirtschaft tatsächlich aber staatliche Subventionen, förderten. Während 1951 diese fiskalpolitische Kapitalbildung bei den Unternehmen für die Gesamtwirtschaft in weiten Bereichen eingeschränkt wurde, erhielten die Grundstoffindustrien sozusagen verspätet auch noch ihr Steuergeschenk. Der Grund für diese verspätete Privilegierung der Schwerindustrie hatte verschiedene politische Ursachen: Adenauer handelte etwa zur gleichen Zeit, in der die Wirtschaftsverbände ihr Investitionshilfe-Angebot machten, mit den Alliierten die Rückgabe des Eigentums der Schwerindustrie (Kohle, Eisen und Stahl) an ihre alten Eigentümer aus. Mit der endgültigen Klarheit über die Eigentumsregelung war nun sichergestellt, daß es erstens wieder in deutsche Hände und zweitens an seine privaten Eigentümer kam. Der Staat, d.h. die Bundesregierung, hatte jetzt die Gewißheit, daß er mit der steuerlichen Unterstützung der Schwerindustrie zugleich die private, nicht sozialisierte Schwerindustrie unterstützte. Einen weiteren Faktor bildete der in dieser Zeit diskutierte Schumann-Plan und die bevorstehenden Montanunion, in die man gestärkt hineingehen wollte.



## Ergebnis:

Letztliche zeigte sich Erhards Politik wesentlich undogmatischer als es eine törichte Legende will. Die Allmacht des Marktes wurde immer dann eingeschränkt, wenn aus der jeweiligen Situation eine gezielte Einflußnahme geboten schien. Für die Zeit des Geldüberhanges akzeptierte er die Lenkungswirtschaft, für die Zeit nach der Währungsreform installierte er eine "Marktwirtschaft im Prinzip". Sie stand indessen in wichtigen Grundlagenbereichen unter staatlicher Hoheit, wenn auch nicht alle staatlichen Eingriffsmöglichkeiten immer vollständig ausgenutzt wurden. Die "Investitionsunterlagen", das nicht zustande gekommene "Erhard-Programm" und das Arbeitsbeschaffungsprogramm zeigen, daß der Wirtschaftsminister - im Gegensatz zu seinem Planungsressort - den staatlichen Einflußbereich nicht ausdehnen wollte, sondern die Dinge ihrem Lauf überließ, so lange sich die erwünschten Ergebnisse einstellten.

Der Vorschlag der Grundsatzabteilung des Wirtschaftsministeriums, zu Beginn der ersten Regierung Adenauer ein umfassendes Wirtschaftsprogramm aufzustellen, scheiterte am Desinteresse Erhards. Nachdem das nach außen hin eindrucksvolle Arbeitsbeschaffungsprogramm dazu beigetragen hatte, die erste wirtschaftspolitische Krise der neuen Bundesregierung zu überwinden, brachten die Auswirkungen des Korea-Booms eine neue, härtere Bewährungsprobe. Die krisenhafte Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage Anfang 1951, wie sie in den Engpässen und der amerikanischen Intervention zugunsten einer rüstungswirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Rohstofflenkung zum Ausdruck kommt, stellte nicht nur seine politische Position in Frage, sondern auch seine Fähigkeit, im Rahmen des von ihm geprägten Wirtschaftssystems der Krise die Stirn zu bieten. Konnte er sein System zunächst mit pragmatischen Eingriffen in den Markt erhalten, so schien die Engpaßdebatte zu einer größeren Gefahr zu werden. Ein von Erhard konzipierter "Sparmarkenplan", der als originärer Ausdruck seiner "Krisenstrategie" zu werten ist, geriet zu einem hilflosen Versuch, seine Vorstellungen in wirtschaftspolitisches Handeln umzusetzen. Als sich der Widerstand dagegen immer mehr verdichtete, sah er schließlich in der Bereitschaft der Spitzenverbände, eine verbandsinterne Umlage zu tragen, die Möglichkeit, sein System zu retten und seine Position im Kabinett wieder zu festigen.

Freilich mußte er es hinnehmen, daß eine ordnungspolitisch neue Komponente Eingang in die "Soziale Marktwirtschaft" fand: Seine Koalition mit den Spitzenverbänden festigte deren verbandspolitischen Einfluß und belehnte sie darüber hinaus mit staatlichen Aufgaben. Damit hatten sich die Wirtschaftsverbände in der staatlichen Wirtschaftspolitik fest etabliert. Die Wirtschaftsverbände hielten Einzug in Erhards Marktwirtschaftspolitik - eine Konsequenz, die er bei seiner Suche nach einem Ausweg aus der Krise entweder übersah oder aber zur Rettung seiner Konzeption in Kauf zu nehmen bereit war. Die neu formierten Verbände schlüpfen wieder in ihre alte Rolle und demonstrierten auch nach außen hin ganz offen ihre organisierte Macht. Die Verflechtung von staatlicher Politik mit der Politik der Wirtschaftsverbände, wie sie in Deutschland seit der Gründerkrise des späten 19. Jahrhunderts typisch ist, war wiederhergestellt.

Anmerkung :

Statt zahlreicher Hinweise siehe :

Heiner R. Adamsen : Investitionshilfe für die Ruhr : Wiederaufbau,  
Verbände und soziale Marktwirtschaft 1948 - 1952,  
Wuppertal 1981

Tab. 1  
Struktur der Kapitalbildung in der Bundesrepublik 1948-1954

	1948/II	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Bruttoersparnis <sup>a)</sup> (absolut in Mrd. DM)	8,8	17,1	22,1	29,2	34,3	35,4	39,9
davon in v. H.							
Privater Sektor							
Private Ersparnis	22,7	14,0	9,0	7,9	12,6	15,3	16,8
Unternehmens- ersparnis <sup>b)</sup>	53,4	61,4	65,2	65,1	61,7	52,8	52,1
Staat ausschließlich fiskalpolitischer Wirkungen <sup>c)</sup>	23,9	24,6	25,8	27,0	25,7	31,9	31,1
Staat einschließlich fiskal- politischer Wirkungen <sup>d)</sup>	—	35,7	36,2	33,6	34,7	42,4	42,3

- a) Einschließlich Vorratsbildung.
- b) Einschließlich der Ersparnisse durch steuerliche Absetzungen.
- c) Einschließlich Sozialversicherung.
- d) Steuerliche Absetzungsmöglichkeiten und dadurch verursachte Budget-Verluste.

Quelle: Roskamp, S. 84 f., 159.

Tab. 2

Struktur der Brutto-Anlageinvestitionen 1949-1954 nach Wirtschaftsbereichen  
in v. H.<sup>a)</sup>

	1949	1950	1951	1952	1953	1954
Industrie <sup>b)</sup>	25,7	25,0	27,6	28,0	27,7	28,4
darunter Bergbau	4,4	3,8	4,2	5,4	6,2	5,7
Grundstoff- und Pro- duktionsgüterindustrien	6,7	7,2	8,9	9,9	9,7	11,1
Investitionsgüter- industrien	5,6	5,9	7,1	6,8	6,5	6,5
Verbrauchsgüter- industrien	5,1	4,6	4,4	3,2	2,8	2,9
Nahrungs- und Genuß- mittelindustrien	3,9	3,5	3,0	2,7	2,4	2,3
Energieversorgungs- betriebe	7,7	8,1	7,4	7,9	7,7	8,1
Nachrichten- und Verkehrswesen <sup>c)</sup>	13,2	10,2	9,6	9,8	11,4	10,6
Wohnungswirtschaft <sup>d)</sup>	16,8	19,5	21,1	21,6	24,4	25,5
Landwirtschaft	6,3	6,2	6,6	6,4	5,4	5,7
Übrige Gewerbe <sup>e)</sup>	21,7	21,6	18,2	16,8	12,9	11,8
Öffentliche Verwaltung <sup>f)</sup>	8,6	9,4	9,5	9,5	10,6	10,0

- a) Rundungfehler möglich; jeweilige Preise.
- b) Ohne Bau und Energie sowie Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten.
- c) Ohne öffentliche Verkehrsinvestitionen.
- d) Einschließlich Bergarbeiterwohnungsbau.
- e) Handel, Handwerk, Bauwirtschaft und Sonstige.
- f) Bund, Länder und Gemeinden, Sozialversicherung und Lastenausgleich, ohne öffentliche Unter-  
nehmen.

Quelle: Baumgart, S. 118 f.

Tab. 3

Investitionsfinanzierung 1948 - 1950 (Mio. DM)

	1948/49 <sup>a)</sup>		1949/II <sup>b)</sup>		1950	
	absolut	v.H.	absolut	v.H.	absolut	v.H.
Öffentliche Haushaltsmittel	1 950	14,1	1 620	18,2	3 630	19,0
Kapitalmarktmittel insges.	1 030	7,4	1 237	13,9	2 927	15,3
davon:						
mittel- u. langfristige Kredite der Geldinstitute <sup>c)</sup>	220	1,6	429	4,8	1 515	7,9
Ausleihungen der Bausparkassen	80	0,6	88	1,0	424	2,2
Wertpapierabsatz	260	1,8	190	2,1	367	1,9
Kapitalanlagen d. Versicherungen <sup>d)</sup>	470	3,4	530	6,0	621	3,3
weitergeleitete counterpart funds	193 <sup>e)</sup>	1,4	215 <sup>e)</sup>	2,4	1 775	9,3
Vorfinanzierung d. Zentralbanksystems	-	-	71	0,8	586	3,0
Kurzfristige Kredite u. Selbstfinanzierung <sup>f)</sup>	10 700	77,1	5 770	64,7	10 210	53,4
<b>Insgesamt</b>	<b>13 870</b>	<b>100,0</b>	<b>8 910</b>	<b>100,0</b>	<b>19 128</b>	<b>100,0</b>

a) 21.6.1948 bis 30.6.1949

b) 2. Halbjahr 1949

c) Ohne die weiter genannten Kredite

d) Lebens-, Sach- und Sozialversicherungen

e) Ohne den Einsatz von counterpart funds zur Finanzierung bestimmter Einfuhren der Bundesbahn

f) Kurzfristige Bankkredite, private Kredite, reinvestierte Abschreibungen und Selbstfinanzierung; von BdL geschätzt

Quelle: Geschäftsbericht der BdL für das Jahr 1950, S. 35.



Tab. 4

Bereitstellung langfristiger Finanzierungsmittel<sup>a)</sup> 1950 - 1954

	1950		1951		1952		1953		1954	
	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
Über den Kapitalmarkt <sup>b)</sup>	2,33	29,1	2,48	28,3	3,55	33,3	6,55	45,2	8,11	47,4
davon Wertpapierkäufe	0,22	2,8	0,33	3,8	0,83	7,8	1,75	12,1	3,43	20,0
Kapitalanlagen d. Lebens- u. Sachversicherungen	0,41	5,1	0,56	6,4	0,71	6,7	1,00	6,9	1,26	7,4
Kapitalauszahlungen d. Bauspar-kassen	0,48	6,0	0,37	4,2	0,41	3,8	0,66	4,6	1,09	6,4
Sonstige Mittel <sup>c)</sup>	1,22	15,3	1,22	13,9	1,60	15,0	3,14	21,7	2,33	13,6
Über die öffentlichen Haushalte	3,31	41,4	5,24	59,8	6,25	58,6	7,09	49,0	8,78	51,3
davon Investitionsausgaben der Gebiets-körperschaften <sup>d)</sup>	2,55	31,9	3,54	40,4	4,70	44,1	5,27	36,4	5,94	34,7
Investitionsausgaben d. Soforthilfe- bzw. Lastenausgleichsfonds	0,45	5,6	1,02	11,6	0,79	7,4	1,03	7,1	1,00	5,8
Kapitalanlagen d. Sozial- und Arbeitslosenversicherungen	0,31	3,9	0,68	7,8	0,76	7,1	0,79	5,5	1,84	10,8
Im Rahmen öffentlicher Sonderprogramme	2,36	29,5	1,04	11,9	0,87	8,2	0,84	5,8	0,22	1,3
davon weitergeleitete Gegenwertmittel	1,77	22,1	0,82	9,4	0,55	5,2	0,34	2,4	0,12	0,7
Kredite im Rahmen d. Investitions-hilfe	-	-	0,08	0,9	0,32	3,3	0,50	3,5	0,10	0,6
Vorfinanzierungskredite d. Zen-tralbanksystems	0,59	7,4	0,14	1,6	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	8,00	100,0	8,76	100,0	10,67	100,0	14,48	100,0	17,12	100,0

a) Durch Kapitalsammelstellen, öffentliche Haushalte und Wertpapierkäufe von Wirtschaftsunternehmen und Privaten, also ohne Selbstfinanzierung und statistisch nicht erfaßte Kredite, absolut in Mrd. DM.

b) Von Wirtschaftsunternehmen und Privaten.

c) Sonstige direkt bei Kreditinstituten angelegte und weitergeleitete Mittel von Wirtschaftsunter-nehmen und Privaten

d) Aus regulären Einnahmen.

Quelle: Geschäftsbericht der BdL für das Jahr 1954, S. 58.



Tab : 5

Anteil der ERP-Finanzierung an den Brutto-Anlageinvestitionen 1949-1952  
in v. H.

	1949	1950	1951	1952
Wirtschaft insgesamt <sup>a)</sup>	6,4	8,6	4,5	2,3
Industrie	7,1	13,0	4,5	2,3
darunter Kohlenbergbau	47,0	40,0	13,0	4,9
Grundstoff- und Produktionsgüter- industrie	0,8	14,0	6,1	1,8
Eisen- und Stahlindustrie	—	18,0	14,0	2,0
Investitionsgüterindustrien	3,8	13,0	2,0	1,1
Verbrauchsgüterindustrien	0,5	5,7	3,2	2,3
Nahrungs- und Genussmittel- industrien	0,3	2,6	2,5	3,5
Energieversorgungsbetriebe	14,0	24,0	21,0	5,5
Nachrichten- und Verkehrswesen	20,0	7,1	3,3	2,2
Wohnungswirtschaft	0,7	4,6	2,9	2,3
Landwirtschaft	2,0	13,0	2,7	3,7
Übrige Gewerbe	—	0,4	0,5	0,3

a) Ohne Berücksichtigung der Brutto-Anlageinvestitionen der öffentlichen Verwaltung.

Quelle: Baumgart, S. 122-125.



Working Papers published in connection with the conference on "National and International Economic Reconstruction in Western Europe, 1945 - 1950" within the research project Challenge and Response in Western Europe: The Origins of the European Community (1945 - 1950):

- |  |   |
|--|---|
| Working Paper No. 76<br>Project Paper No. 1  | Richard Griffiths, ECONOMIC RECONSTRUCTION POLICY IN THE NETHERLANDS AND ITS INTERNATIONAL CONSEQUENCES, MAY 1945-MARCH 1951        |
| Working Paper No. 77<br>Project Paper No. 2  | Scott Newton, THE 1949 STERLING CRISIS AND BRITISH POLICY TOWARDS EUROPEAN INTEGRATION  |
| Working Paper No. 78<br>Project Paper No. 3  | Giorgio Fodor, WHY DID EUROPE NEED A MARSHALL PLAN IN 1947?   |
| Working Paper No. 79<br>Project Paper No. 4  | Philippe Mioche, THE ORIGINS OF THE MONNET PLAN   |
| Working Paper No. 80<br>Project Paper No. 5  | Werner Abelshauser, THE ECONOMIC POLICY OF LUDWIG ERHARD  |
| Working Paper No. 81<br>Project Paper No. 6  | Helge Pharo, THE DOMESTIC AND INTERNATIONAL IMPLICATIONS OF NORWEGIAN RECONSTRUCTION  |
| Working Paper No. 82<br>Project Paper No. 7  | Heiner R. Adamsen, INVESTITIONSPOLITIK IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1949 - 1951  |
| Working Paper No. 83<br>Project Paper No. 8  | Jean Bouvier, LE PLAN MONNET ET L'ECONOMIE FRANÇAISE 1947-1952  |
| Working Paper No. 84<br>Project Paper No. 9  | Mariuccia Salvati, INDUSTRIAL AND ECONOMIC POLICY IN THE ITALIAN RECONSTRUCTION   |
| Working Paper No. 85<br>Project Paper No. 10 | William Diebold, Jr., <u>TRADE AND PAYMENTS</u> IN WESTERN EUROPE IN HISTORICAL PERSPECTIVE: A PERSONAL VIEW BY AN INTERESTED PARTY |
| Working Paper No. 86<br>Project Paper No. 11 | Frances Lynch, FRENCH RECONSTRUCTION IN A EUROPEAN CONTEXT  |



-----  
PUBLICATIONS OF THE EUROPEAN UNIVERSITY INSTITUTE  
-----

EUI WORKING PAPERS :

- No. 1 : Jacques PELKMANS                   The European Community and the Newly Industrialized Countries
- No. 2 : Joseph H.H. WEILER                Supranationalism Revisited - Retrospective and Prospective. The European Communities After Thirty Years
- No. 3 : Aldo RUSTICHINI                   Seasonality in Eurodollar Interest Rates
- No. 4 : Mauro CAPPELLETTI/  
David GOLAY                               Judicial Review, Transnational and Federal: Impact on Integration
- No. 5 : Leonard GLESKE                    The European Monetary System: Present Situation and Future Prospects
- No. 6 : Manfred HINZ                      Massenkult und Todessymbolik in der national-sozialistischen Architektur
- No. 7 : Wilhelm BURKLIN                  The "Greens" and the "New Politics": Goodbye to the Three-Party System?
- No. 8 : Athanasios MOULAKIS              Unilateralism or the Shadow of Confusion
- No. 9 : Manfred E. STREIT                Information Processing in Futures Markets. An Essay on the Adequacy of an Abstraction
- No. 10: Kumaraswamy VELUPILLAI           When Workers Save and Invest: Some Kaldorian Dynamics
- No. 11: Kumaraswamy VELUPILLAI           A Neo-Cambridge Model of Income Distribution and Unemployment
- No. 12: Kumaraswamy VELUPILLAI  
          Guglielmo CHIODI                      On Lindahl's Theory of Distribution
- No. 13: Gunther TEUBNER                  Reflexive Rationalität des Rechts
- No. 14: Gunther TEUBNER                  Substantive and Reflexive Elements in Modern Law
- No. 15: Jens ALBER                        Some Causes and Consequences of Social Security Expenditure Development in Western Europe, 1949-1977
- No. 16: Ian BUDGE                         Democratic Party Government: Formation and Functioning in Twenty-one Countries

- No. 17: Hans DAALDER Parties and Political Mobilization: An Initial Mapping
- No. 18: Giuseppe DI PALMA Party Government and Democratic Reproducibility: The Dilemma of New Democracies
- No. 19: Richard S. KATZ Party Government: A Rationalistic Conception
- No. 20: Jürg STEINER Decision Process and Policy Outcome: An Attempt to Conceptualize the Problem at the Cross-National Level
- No. 21: Jens ALBER The Emergence of Welfare Classes in West Germany: Theoretical Perspectives and Empirical Evidence
- No. 22: Don PATINKIN Paul A. Samuelson and Monetary Theory
- No. 23: Marcello DE CECCO Inflation and Structural Change in the Euro-Dollar Market
- No. 24: Marcello DE CECCO The Vicious/Virtuous Circle Debate in the '20s and the '70s
- No. 25: Manfred E. STREIT Modelling, Managing and Monitoring Futures Trading: Frontiers of Analytical Inquiry
- No. 26: Domenico Mario NUTI Economic Crisis in Eastern Europe - Prospects and Repercussions
- No. 27: Terence C. DAINITTH Legal Analysis of Economic Policy
- No. 28: Francis C. CASTLES/  
Peter MAIR Left-Right Political Scales: Some Expert Judgements
- No. 29: Karl HOHMANN The Ability of German Political Parties to Resolve the Given Problems: the Situation in 1982
- No. 30: Max KAASE The Concept of Political Culture: Its Meaning for Comparative Political Research
- No. 31: Klaus TOEPFER Possibilities and Limitations of a Regional Economic Development Policy in the Federal Republic of Germany
- No. 32: Ronald INGLEHART The Changing Structure of Political Cleavages Among West European Elites and Publics
- No. 33: Moshe LISSAK Boundaries and Institutional Linkages Between Elites: Some Illustrations from Civil-Military Elites in Israel
- No. 34: Jean-Paul FITOUSSI Modern Macroeconomic Theory An Overview



- No. 35: Richard M. GOODWIN/  
Kumaraswamy VELUPILLAI Economic Systems and their Regulation
- No. 36: Maria MAGUIRE The Growth of Income Maintenance Expenditure in Ireland, 1951-1979
- No. 37: G. Lowell FIELD  
John Higley The States of National Elites and the Stability of Political Institutions in 81 Nations, 1950-1982
- No. 38: Dietrich HERZOG New Protest Elites in the Political System of West Berlin: The Eclipse of Consensus?
- No. 39: Edward O. LAUMANN  
David KNOKE A Framework for Concatenated Event Analysis
- No. 40: Gwen MOORE/  
Richard D. ALBA Class and Prestige Origins in the American Elite
- No. 41: Peter MAIR Issue-Dimensions and Party Strategies in the Irish Republic, 1948 - 1981: The Evidence of Manifestos
- No. 42: Joseph H.H. WEILER Israel and the Creation of a Palestine State. The Art of the Impossible and the Possible
- No. 43: Franz Urban PAPPI Boundary Specification and Structural Models of Elite Systems: Social Circles Revisited
- No. 44: Thomas GAWRON  
Ralf ROGOWSKI Zur Implementation von Gerichtsurteilen Hypothesen zu den Wirkungsbedingungen von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
- No. 45: Alexis PAULY  
René DIEDERICH Migrant Workers and Civil Liberties
- No. 46: Alessandra VENTURINI Is the Bargaining Theory Still an Effective Framework of Analysis for Strike Patterns in Europe?
- No. 47: Richard A. GOODWIN Schumpeter: The Man I Knew
- No. 48: J.P. FITTOUSSI/  
Daniel SZPIRO Politique de l'Emploi et Réduction de la Durée du Travail
- No. 49: Bruno DE WITTE Retour à Costa. La Primauté du Droit Communautaire à la Lumière du Droit International

- No. 50: Massimo A. BENEDETTI  
Eguaglianza e Libera Circolazione dei Lavoratori: Principio di Eguaglianza e Divieti di Discriminazione nella Giurisprudenza Comunitaria in Materia di Diritti di Mobilità Territoriale e Professionale dei Lavoratori
- No. 51: Gunther TEUBNER  
Corporate Responsibility as a Problem of Company Constitution
- No. 52: Erich SCHANZE  
Potentials and Limits of Economic Analysis: The Constitution of the Firm
- No. 53: Maurizio COTTA  
Career and Recruitment Patterns of Italian Legislators. A Contribution to the Understanding of a Polarized Political System
- No. 54: Mattei DOGAN  
How to Become a Cabinet Minister in Italy: Unwritten Rules of the Political Game
- No. 55: Mariano BAENA DEL ALCAZAR/  
Narciso PIZARRO  
The Structure of the Spanish Power Elite 1939-1979
- No. 56: Berc RUSTEM/  
Kumaraswamy VELUPILLAI  
Preferences in Policy Optimization and Optimal Economic Policy
- No. 57: Giorgio FREDDI  
Bureaucratic Rationalities and the Prospects for Party Government
- No. 58: Manfred E. STREIT  
Reassessing Consumer Safety Regulations
- No. 59: Christopher HILL/  
James MAYALL  
The Sanctions Problem: International and European Perspectives
- No. 60: Jean-Paul FITOUSSI  
Adjusting to Competitive Depression. The Case of the Reduction in Working Time
- No. 61: Philippe LEFORT  
Idéologie et Morale Bourgeoise de la Famille dans le Ménagier de Paris et le Second Libro de Famiglia, de L.B. Alberti
- No. 62: Peter BROCKMEIER  
Die Dichter und das Kritisieren
- No. 63: Hans-Martin PAWLOWSKI  
Law and Social Conflict
- No. 64: Marcello DE CECCO  
Italian Monetary Policy in the 1980s
- No. 65: Giampaolo ROSSINI  
Intraindustry Trade in Two Areas: Some Aspects of Trade Within and Outside a Custom Union
- No. 66: Wolfgang GEBAUER  
Euromarkets and Monetary Control: The Deutschemark Case

- No. 67: Gerd WEINRICH                      On the Theory of Effective Demand under Stochastic Rationing
- No. 68: Saul ESTRIN/  
Derek C. JONES                      The Effects of Worker Participation upon Productivity in French Producer Cooperatives
- No. 69: Berc RUSTEM/  
Kumaraswamy VELUPILLAI                      On the Formalization of Political Preferences: A Contribution to the Frischian Scheme
- No. 70: Werner MAIHOFER                      Politique et Morale
- No. 71: Samuel COHN                      Five Centuries of Dying in Siena: Comparisons with Southern France
- No. 72: Wolfgang GEBAUER                      Inflation and Interest: the Fisher Theorem Revisited
- No. 73: Patrick NERHOT                      Rationalism and the Modern State
- No. 74: Philippe C. SCHMITTER                      Democratic Theory and Neo-Corporatist Practice
- No. 75: Sheila A. CHAPMAN                      Eastern Hard Currency Debt 1970-83. An Overview
- No. 76: Richard GRIFFITHS                      Economic Reconstruction Policy in the Netherlands and its International Consequences, May 1945 - March 1951
- No. 77: Scott NEWTON                      The 1949 Sterling Crisis and British Policy towards European Integration
- No. 78: Giorgio FODOR                      Why did Europe need a Marshall Plan in 1947?
- No. 79: Philippe MIOCHE                      The Origins of the Monnet Plan: How a Transitory Experiment answered to Deep-Rooted Needs
- No. 80: Werner ABELSHAUSER                      The Economic Policy of Ludwig Erhard
- No. 81: Helge PHARO                      The Domestic and International Implications of Norwegian Reconstruction
- No. 82: Heiner R. ADAMSEN                      Investitionspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1951
- No. 83: Jean BOUVIER                      Le Plan Monnet et l'Economie Française 1947-1952
- No. 84: Mariuccia SALVATI                      Industrial and Economic Policy in the Italian Reconstruction

No. 85: William DIEBOLD, Jr

Trade and Payments in Western Europe in  
Historical Perspective: A Personal View  
by an Interested Party

No. 86: Frances LYNCH

French Reconstruction in a European Context



